

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
mit Antwort der Landesregierung
- Drucksache 17/4286 -**

PKK in Niedersachsen - Welche aktuellen Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Arbeiterpartei Kurdistans?

Anfrage der Abgeordneten Mustafa Erkan, Marco Brunotte und Michael Höntsch (SPD) an die Landesregierung,
eingegangen am 17.09., an die Staatskanzlei übersandt am 24.09.2015

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 10.11.2015,
gezeichnet

Boris Pistorius

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wurde 1978 von Abdullah Öcalan in der Türkei gegründet. Sie benannte sich mehrfach um und trat zuletzt unter folgenden Bezeichnungen auf: 2002 „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK), 2003 „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL), ab 2005 „Gemeinschaften der Kommunen in Kurdistan“ (KKK) und seit 2007 „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK). Der Parteigründer Öcalan wurde 1999 in der Türkei wegen Hochverrats zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Aber auch aus dem Gefängnis heraus bestimmt er noch immer das Handeln der PKK und ihrer Nachfolgeorganisationen. Über ihren militärischen Arm, die Volksverteidigungseinheiten, kämpft die PKK in der Türkei seit vielen Jahren mit Waffengewalt für die Gründung eines unabhängigen Kurdenstaates. Selbst in Deutschland und anderen Ländern wurden Terroranschläge verübt, um dem Souveränitätswunsch Nachdruck zu verleihen.

Seit 1993 ist es der PKK und benannten Nachfolgeorganisationen deshalb verboten, sich in der Bundesrepublik Deutschland zu betätigen. Seit 2002 steht die PKK auch auf der EU-Terrorliste. Nach weiter andauernden Friedensverhandlungen mit der Türkei hat die PKK zuletzt von ihrem ursprünglichen Ziel Abstand genommen und ist bereit, die nationalen Grenzen anzuerkennen. Nunmehr benennt sie nur noch die politische und kulturelle Autonomie der Kurden in den Siedlungsgebieten als ihr Ziel.

Vorbemerkung der Landesregierung

Abdullah Öcalan gründete 1978 in der Türkei die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (Partiya Karkerên Kurdistan - PKK), deren ursprüngliches Ziel in der Errichtung eines unabhängigen, sozialistisch orientierten Kurdenstaates bestand.

Zur Durchsetzung seiner Ziele rief Öcalan 1984 zum bewaffneten Kampf auf. Über bewaffnete Guerillaverbände - insbesondere die „Volksverteidigungskräfte“ (HPG) - agierte die PKK in der Türkei, der nordirakischen Grenzregion sowie im Norden Syriens.

Damit setzte eine verheerende Spirale von Gewalt und Gegengewalt zwischen PKK und türkischer Armee ein. Vor dem Hintergrund der Verhaftung Öcalans 1999 rückte die PKK von ihrer ursprünglichen Zielsetzung ab. Statt eines kurdischen Staates wurde nun die kulturelle Autonomie und lokale Selbstverwaltung für die Kurden innerhalb der Türkei angestrebt. Ende 2012 begannen offizielle Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK-Führung, in deren Folge auch eine Verringerung der wechselseitigen Gewalthandlungen zu verzeichnen war.

Das gegenwärtige Ziel der PKK, die Etablierung einer nichtstaatlichen und länderübergreifenden demokratischen Selbstverwaltung der Kurden als „demokratische Nation“, soll perspektivisch als Vorbild für alle Völker des Nahen Ostens sowie der Welt dienen.

In Europa bemüht sich die PKK seit Jahren um ein weitgehend gewaltfreies Erscheinungsbild. Politisch strebt sie damit an, als einzig legitime Vertreterin und Ansprechpartnerin in der Kurdenfrage anerkannt zu werden.

In Deutschland ist die PKK mit ca. 14 000 Anhängern derzeit mit Abstand die mitgliederstärkste nichtislamistische extremistische Ausländerorganisation. Seit 2011 liegt die Anhängerzahl in Niedersachsen konstant bei 1 600 Personen.

1993 erließ das Bundesministerium des Innern für die PKK ein Betätigungsverbot für das Bundesgebiet, nachdem mehrere gewaltsame Aktionswellen der PKK in Deutschland vorausgegangen waren. Das Verbot umfasst auch die späteren Umbenennungen in „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan“ (KADEK), „Volkskongress Kurdistan“ (KONGRA GEL), „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ (KKK) und „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistan“ (KCK). Von der Europäischen Union ist die PKK seit 2002 als terroristische Organisation gelistet.

Die unterschiedlichen Organisationsbezeichnungen der vergangenen Jahre haben - trotz der mehrfach propagierten Einführung interner demokratischer Strukturen - weder in der Organisationsstruktur noch an der personellen Zusammensetzung der PKK zu signifikanten Änderungen geführt. Organisationsinterne Vorgaben und Anweisungen der Parteiführung werden immer noch nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam an nachgeordnete Kader weitergegeben. Auch Abdullah Öcalan, der seit 1999 eine lebenslange Freiheitsstrafe in der Türkei verbüßt, wird von seinen Anhängern noch immer als unumstrittene Führungs- und Symbolfigur des kurdischen Volkes verehrt.

Im Zuge der 2013 eingeleiteten Neustrukturierung der PKK in Europa hatte sich der europäische Dachverband PKK-naher Vereine „Konföderation der kurdischen Vereine in Europa“ (KON-KURD) in „Kongress der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (KCD-E) umbenannt. Die KCD-E bildet nunmehr die PKK-Europaführung, in die auch die „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK) als politischer Arm der PKK integriert ist. Die CDK unterliegt im Bundesgebiet ebenfalls dem für die PKK geltenden vereinsrechtlichen Betätigungsverbot.

Trotz des Betätigungsverbot unterhält die PKK ein verzweigtes Netz eines illegalen und konspirativ arbeitenden Funktionärskörpers, der die Anordnungen und Vorgaben der Organisationsspitze an die nachgeordnete Hierarchieebene zur Umsetzung weitergibt.

Im Rahmen der Neustrukturierung in Deutschland nannte sich die PKK-nahe „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“ (YEK-KOM) auf ihrem 20. Kongress im Juni 2014 in „Demokratisches Kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschland“ (NAV-DEM) um. NAV-DEM ist weiterhin in die KCD-E eingebettet.

NAV-DEM initiiert regelmäßig über seine im gesamten Bundesgebiet ansässigen ca. 45 kurdischen Ortsvereine öffentlichkeitswirksame Aktionen, die sich jeweils auf aktuelle Geschehnisse (z. B. Exekutivmaßnahmen gegen PKK-nahe Einrichtungen, mutmaßliche Leichenschändungen des türkischen Militärs an getöteten PKK-Guerillakämpfern, Freiheit für und Gesundheitszustand von Öcalan) oder bestimmte Jahrestage, etwa den Gründungstag der PKK, beziehen.

NAV-DEM ist nicht vom PKK-Betätigungsverbot betroffen. Die zugehörigen Ortsvereine agieren aber häufig als Anmelder von Veranstaltungen mit Bezug zur politisch-ideologischen Zielsetzung der PKK.

In Niedersachsen existieren NAV-DEM-Vereine in Hannover, Hildesheim, Lohne, Osnabrück, Peine und Salzgitter.

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Aktivitäten der PKK bzw. ihrer Nachfolge- und Umfeldorganisationen in Niedersachsen?

Grundsätzlich verfolgt die PKK eine Doppelstrategie. Außerhalb der kurdischen Siedlungsgebiete versucht sie, mit weitgehend gewaltfreien Protestaktionen auf die Lage der Kurden aufmerksam zu machen, wobei sie auch gewalttätige Aktionen, insbesondere von ihren Jugendorganisationen, in Kauf nimmt. In der Türkei hingegen soll mit der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes Druck auf den Staatsapparat ausgeübt werden.

Zur Verbreitung ihrer Propaganda und Ideologie verfügt die PKK über ein vielfältiges Medienwesen (Print- und Fernsehmedien). Dadurch informiert bzw. mobilisiert sie nicht nur ihre Anhänger, sondern sie versucht auch, die in Deutschland lebenden Kurden perspektivisch im Sinne der Organisation zu beeinflussen. Funktionäre der PKK erhalten in den verschiedenen Medien regelmäßig eine öffentliche Plattform zur Verbreitung ihrer Propaganda. Insgesamt nutzt die PKK ihre Print- (z. B. die Tageszeitung *Yeni Özgür Politika*) und Fernsehmedien (z. B. Stêrk TV) in erster Linie zur Mobilisierung ihrer Anhänger und zur Verbreitung kurdenspezifischer Themen.

Zu den wichtigsten Aktivitäten der PKK in Deutschland zählen zentral gesteuerte Propagandaaktionen. Im Fokus stehen dabei das Schicksal des in der Türkei inhaftierten Öcalan, die militärischen Konflikte in Syrien und im Grenzgebiet der PKK zum Nordirak sowie staatliche Maßnahmen gegen PKK-nahe Einrichtungen in Deutschland und Europa. Zentrale Elemente der Indoktrination sind vor allem Demonstrationen und Kundgebungen sowie Podiumsdiskussionen, Unterschriftenkampagnen, Mahnwachen und Pressekonferenzen. Dabei gelingt es der Organisation immer wieder, ihre Anhängerschaft in hohem Maße zu mobilisieren.

Darüber hinaus nutzen Anhänger der PKK das Bundesgebiet

- bei aktuellen Entwicklungen/Ereignisse im Kurdenkonflikt für anlassbezogene Demonstrationen und Solidaritätskundgebungen,
- für die Durchführung von Großveranstaltungen (Propaganda in eigener Sache, Werbung neuer Anhänger)
- und weiterhin für die logistische und finanzielle Unterstützung der Gesamtorganisation.

Beherrschendes Thema innerhalb der PKK-Anhängerschaft ist seit 2014 die Lage der kurdischen Bevölkerung in Syrien und im Nordirak. Zu Beginn des Jahres 2014 dominierten öffentlichkeitswirksame Solidaritätsveranstaltungen für Rojava das Demonstrationsgeschehen in Niedersachsen. Deutschlandweit durchgeführte Kundgebungen sollten auf die sich verschärfenden militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem militärischen Arm der „Partiya Yekitiya Demokrat“ (Partei der demokratischen Einheit, PYD, dem syrischen Zweig der PKK), den „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) und der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) in der türkisch-syrischen Grenzregion aufmerksam machen. Schon im Juli 2014 veröffentlichte die Europa-Koordination der PKK-Jugendorganisation „KomalênCiwan“ im Internet einen Aufruf, im dem kurdische Jugendliche aufgefordert wurden, sich jeweils für sechs Monate am Widerstand in Kobanê zu beteiligen.

Der Vormarsch des IS im Nordirak führte bundesweit ab Anfang August 2014 zu zahlreichen Protesten, an denen sich auch PKK-Anhänger beteiligten. Der IS hatte nach Kämpfen mit den kurdischen Peshmerga-Einheiten innerhalb weniger Tage eine Reihe von Städten im Nordirak, u. a. Shengal, erobert. Das Vorgehen des IS, insbesondere gegen die dortige yezidische Bevölkerung, führte zu einer Massenflucht. Zur Rettung der vor dem IS geflohenen Menschen haben die HPG und die YPG einen Korridor aus Syrien in das Sindschargebirge im Nordwesten des Irak freigekämpft.

Durch die Angriffe der Terrororganisation IS im September 2014 verschärfte sich die Lage im Nordirak und in Syrien im Laufe des Jahres 2014 weiter. Als Folge wurden allein in Niedersachsen im Oktober 2014 über 50 Veranstaltungen zu dieser Thematik durchgeführt. Einige der Versammlungen wurden von PKK-nahen Organisationen veranstaltet und von PKK-Aktivisten frequentiert. Öffentlichkeitswirksame Versammlungen, zum Teil unangemeldet, fanden u. a. am 02.10.2014 (180 Teilnehmer) und 06.10.2014 (450 Teilnehmer) in Hannover, am 08.10.2014 in Hildesheim (250 Teilnehmer), am 09.10.2014 in Nienburg (200 Teilnehmer), am 18.10.2014 in Osnabrück (370 Teilnehmer), am 20.10.2014 in Hannover (350 Teilnehmer), am 21.10.2014 in Cloppenburg

(215 Teilnehmer) sowie am 22. und 23.10.2014 erneut in Hannover (jeweils 200 Teilnehmer) statt. Am 30.09.2014 und in der Nacht zum 07.10.2014 versammelten sich spontan jeweils ca. 50 Personen am Flughafen Hannover-Langenhagen. Es wurden Transparente mit den Aufschriften „Freiheit für ÖCALAN“, „PKK und YPG unterstützen“ und „Von diesem Flughafen starten IS Terroristen“ mitgeführt. Am 08.10.2014 besetzten Jugendliche ein CDU-Parteibüro in Hannover.

Nachdem kurzfristig die Parlamentswahlen in der Türkei am 07.06.2015 und der Einzug der linken und prokurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP) in das Parlament das beherrschende Thema waren, bestimmt der im Nachgang zum Attentat in Suruc (TR) am 20.07.2015 aufgekündigte Friedensprozess zwischen der regierenden AKP und der PKK das weitere Geschehen.

Seitdem hat sich der Konflikt zwischen der türkischen Regierung und der PKK deutlich zugespitzt. Im Zuge intensiver Luftangriffe der türkischen Armee auf vermeintliche Stellungen der PKK in den Kandilgebirgen (Nordirak) und zahlreicher Anschläge der PKK auf türkische Polizei- und/oder Militäreinrichtungen ist bereits eine Vielzahl von Menschen getötet worden.

Am 08.09.2015 ist das türkische Militär erstmals mit Bodentruppen in den Nordirak eingedrungen, um zwei Rebellengruppen der PKK im bergigen Gebiet zu verfolgen. Ein türkischer Regierungsvertreter erklärte in diesem Zusammenhang, dass es sich um eine befristete Maßnahme gehandelt habe, mit der beabsichtigt worden sei, die Flucht der Terroristen zu verhindern. Nach einem Anschlag der PKK in der Provinz Hakkari mit 16 Toten hatte der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu versprochen, er wolle die Region „von Terroristen säubern“.

Präsident Erdogan forderte die PKK auf, ihre Waffen bedingungslos niederzulegen. „In diesem Moment ist die einzige Lösung für die terroristische PKK, ihre Waffen zu strecken, es kann über nichts anderes geredet werden“, sagte der türkische Staatschef unmittelbar nach einem weiteren Anschlag, der der PKK zugerechnet wird. Nach Erdogans Worten sind die Strukturen der PKK bereits schwer angeschlagen, die Bemühungen zur vollständigen Zerschlagung der Organisation würden fortgesetzt. „Keine Kräfte, Banden, Organisation oder Täuschungsmanöver können die Macht des Staates aufhalten, sobald sie in Bewegung ist“, sagte Erdogan. Seitdem kommt es in der Türkei fast täglich zu Ausschreitungen und Anschlägen zwischen innertürkischen Gruppierungen als Ausdruck zunehmender Feindseligkeit.

Korrespondierend mit den Ereignissen in der Türkei kam es auch in Europa und insbesondere in Deutschland zu entsprechenden Reaktionen der türkisch-/kurdischstämmigen Bevölkerung.

Bereits mit dem Anschlag in Suruc rief das NAV-DEM alle Kurden und türkischen Demokraten in Deutschland dazu auf, angesichts des Anschlages in Suruc nicht zu schweigen und sofort auf die Straße zu gehen. In etwa 30 Städten im Bundesgebiet fanden überwiegend friedlich verlaufende Demonstrationen statt. Bei einer Veranstaltung in Berlin mit ca. 1 100 Teilnehmern mussten beginnende Gewalttätigkeiten von der Polizei unterbunden werden. Es wurden insgesamt 13 Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet.

Am 25.07.2015 veröffentlichte die „Apoistische Jugendinitiative-Europa“ (PKK-Jugendorganisation) einen Aufruf, u. a. auf der Homepage von YXK (PKK-naher „Verband der Studierenden aus Kurdistan“), in dem kurdische Jugendliche dazu aufgerufen werden, auf die Straße zu gehen und militante Aktionen zu verwirklichen. Unter Bezugnahme auf die aktuellen Geschehnisse wurde u. a. ausgeführt: „Wir rufen alle in Europa lebenden kurdischen Jugendlichen, die sich ‚Kurden oder Kurdinnen‘, würde- oder ehrenvoll nennen zum aktiven Widerstand gegen die AKP und IS auf. Die Apoistische kurdische Jugend muss von nun an auf die Straßen, und dem Mörder Pakt die Luft verengen und ihnen das Leben zur Hölle machen. (...) Solange bis sich die Schergen der AKP oder des IS nur mit Angst auf die Straße trauen und ihre Vernichtungspolitik aufgeben, sollte kein einziger kurdischer Jugendlicher ruhig daheim sitzen und seine Zeit verschwenden. (...) Wir in Europa Lebenden müssen als Genossen und Militante/AktivistInnen Reber APOs die hier lebenden Schurken zur Rechenschaft ziehen.“

Die Komalên Ciwan riefen derweil zum Volksaufstand („Serhildan“) in Europa auf und erklärten, dass jedem Angriff der Türkei begegnet werden müsse. „Für jeden ermordeten Jugendlichen müssen sich mehrere tausend Jugendliche massenhaft zu den Guerillas in die Berge begeben. Für alle verhafteten Jugendlichen müssen im Gegenzug gegen die Exekutive der AKP, die Polizisten und Soldaten, die härtesten Maßnahmen ergriffen werden.“

In Niedersachsen ist es, wie im gesamten Bundesgebiet, zu einem Anstieg der Aktions- und Mobilisierungsbereitschaft unter den hier vor Ort befindlichen PKK-Anhängern/Sympathisanten gekommen. So fanden u. a. in Hannover, Göttingen, Hildesheim und Oldenburg diverse Versammlungen PKK-naher Gruppierungen, mit bis zu 450 Teilnehmern statt, die in der Regel einen friedlichen Verlauf nahmen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die erneute kurzfristige Besetzung des Flughafens Hannover-Langenhagen am 27.07.2015, an der u. a. Anhänger der Ciwanan Azad Hannover-Niedersachsen teilnahmen.

Ungeachtet des erhöhten Mobilisierungsaufkommens kam es jedoch auch zu vereinzelt, gewaltbezogenen Affekttaten gegenüber türkischen Einrichtungen und salafistischen/türkisch-nationalistischen Anhängern von PKK-nahen, aber auch von kurdischstämmigen/linksorientierten Personen, denen kein eindeutiger PKK-Bezug nachgewiesen werden kann.

In Oldenburg etwa beschimpften drei unbekannte Täter eine als Salafist ausgemachte Person mit den Worten: „Wir sind Kurden (PKK), du bleibst nicht hier, glaub uns, du musst sofort unsere Siedlung verlassen oder wir bringen dich um“ und schlugen anschließend auf ihn ein.

Am 30.07.2015 kam es zu einer Sachbeschädigung des Türkischen Generalkonsulats in Hannover, indem drei unbekannte Täter das Objekt mit Farbe gefüllten Flaschen bewarfen. Ein Bekenntnis zu dieser Tat wurde auf der Internetseite „indymedia.org“ veröffentlicht und endete mit den Worten „Bi-jî Bêxwedana PKK“ (freie Übersetzung: „Hoch lebe der Widerstand der PKK“).

In Hannover kam es fernerhin zu zwei Angriffen auf Lies!-Stände, an denen Salafisten kostenlose Koranexemplare verteilten. Während des ersten Zwischenfalls sprachen ca. 100 kurdische Personen, im Anschluss an eine Versammlung, verbale Drohungen gegenüber dem Lies!-Stand aus und probierten anschließend diesen zu „stürmen“. Hierbei kam es zu einem körperlichen Angriff einer unbekanntes männlichen Person aus der Gruppe heraus zum Nachteil einer Lies!-Stand betreuenden Person (leichte Verletzungen). Weitere Übergriffe der emotional extrem aufgebracht Personengruppe konnten durch die Polizei verhindert werden. Etwa eine Woche später kam es zu einem erneuten Angriff, als eine männliche (kurdischstämmige) Person mit einem Schreckschussrevolver auf die Lies!-Stand betreibenden Personen zielte und zwei Schüsse abgab; verletzt wurde hierbei niemand. Der Beschuldigte konnte kurze Zeit später durch die Polizei festgenommen werden.

Die hier exemplarisch aufgeführten Sachverhalte verdeutlichen die aufgeheizte Stimmung innerhalb der Anhängerschaft der PKK in Niedersachsen, aber auch unter kurdischstämmigen/linksorientierten Personen, die keinen direkten PKK-Bezug aufweisen. Ein neuerlicher Eintrag des YXK vom 09.09.2015 bei Facebook, in dem u. a. zu einer Demonstration in Hannover aufgerufen wird, unterstreicht diese Einschätzung: „Organisiert Proteste vor türkischen Konsulaten, faschistischen Vereinen, macht Aktionen des zivilen Ungehorsams, veröffentlicht Namen von Faschisten und ihren Vereinen. Verteidigt die Ideen der HDP und baut sie selbst mit auf!“.

In den frühen Morgenstunden des 10.09.2015 warfen bislang unbekannte Täter in der hannoverschen Innenstadt faustgroße Steine, von denen einer mit einem Zettel und der Aufschrift „Rache“ (in türkischer Sprache) versehen war, gegen die Scheiben eines türkischen Kaffees. Fernerhin wurde am 12.09. bzw. 13.09.2015 auf der Außenwand eines türkischen Kulturzentrums in Hannover von unbekanntes Tätern der Schriftzug „PKK“ angebracht.

Eine weitere Eskalationsstufe stellen die gewalttätigen Auseinandersetzungen am 12.09.2015 in Hannover zwischen Anhängern der PKK und Personen aus dem türkisch-nationalistischen Spektrum dar, bei denen ein Kurde durch einen Messerstich in den Hals lebensgefährlich verletzt worden ist. Auch gegen die vor Ort eingesetzten Polizeibeamten wurden Angriffe durch PKK-nahe Personen verübt.

Ein 50-jähriger Deutsch-Türke konnte als Tatverdächtiger für den Messerangriff ermittelt werden. Das Opfer ist inzwischen außer Lebensgefahr; der Tatverdächtige wurde vorerst wieder entlassen. Ausgangspunkt war eine von nationalistischen Türken angezeigte, friedlich verlaufende Versammlung mit ca. 650 Teilnehmern unter dem Motto „Gegen die PKK und die aktuellen Ereignisse im Süd-Osten der Türkei“, die den o. a. Ausschreitungen vorangegangen war.

In Anbetracht dieser Ereignisse wurde von kurdischer Seite für den 13.09.2015 eine Versammlung in Form eines Aufzuges mit ca. 1 700, teils PKK-nahen, Teilnehmern unter dem Motto „Aktuelle Ereignisse/Verletzung eines Kurden“ durchgeführt, die ohne besondere Vorkommnisse verlief.

Neben den Demonstrationsveranstaltungen in Hannover kam es bundesweit wie z. B. in Berlin und Essen ebenfalls zu Protestveranstaltungen, die teilweise von gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen kurdischstämmigen und türkisch-nationalistischen Demonstranteninnen und Demonstranten begleitet wurden.

In der Zeit vom 14.09. bis zum 18.09.2015 fand am Steintor in Hannover eine friedlich verlaufende Mahnwache des Kurdistan Volkshauses Hannover e. V. mit dem Motto: „Kein Fußbreit dem AKP/IS Faschismus“ statt. Unter demselben Motto versammelten sich am Samstag, den 19.09.2015, ca. 400 Personen auf dem Opernplatz in Hannover und begaben sich anschließend friedlich in Richtung Steintor. Zur Teilnahme an dieser Versammlung hatten u. a. die PKK-nahestehenden Gruppierungen Ciwanen Azad Hannover-Niedersachsen und die „Ortsgruppe“ YXK Hannover aufgerufen.

Darüber hinaus fanden am 19.09.2015 in Lohne ein Informationsstand und in Oldenburg eine Demonstration mit etwa 350 Teilnehmern, davon ca. 20 Personen der linksautonomen Szene, statt. Beide Veranstaltungen verliefen friedlich.

In mehreren deutschen Städten (Stuttgart, 2 x Köln, Wuppertal) fanden am 19./20.09.2015 sowohl prokurdische als auch protürkische Veranstaltungen (in der Spitze mit bis zu 1 200 Teilnehmern) statt. Dabei kam es vermehrt zu gegenseitigen Provokationen. Eingesetzte Polizeibeamte konnten oftmals schwere gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Kurden und Türken verhindern.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Situation in Niedersachsen bzw. im Bundesgebiet maßgeblich mit der Entwicklung im türkisch-syrischen Grenzgebiet korreliert. Sollten die Angriffe der Türkei gegen die PKK fortgesetzt werden, werden nicht nur die Demonstrationen von PKK-Anhängern anhalten, sondern auch „militante“ Aktionen gegen türkische Einrichtungen wahrscheinlicher. Insbesondere jugendliche PKK-Anhänger sind bereit, auch gewaltsame Aktionsformen einzubeziehen. Diese können sich neben türkischen Einrichtungen auch auf Personen des türkisch-nationalistischen bzw. salafistischen Spektrums sowie gegen Einsatzkräfte der Polizei richten.

2. Welche Zielrichtung ist seitens der PKK hinter diesen Aktivitäten zu erkennen?

Die PKK nutzt ihre hierarchischen Strukturen, um, in der Regel über legale, eingetragene Vereine (NAV-DEM-Mitgliedsvereine) getarnt, ideologische Propaganda insbesondere auch im Zusammenhang mit den aktuellen Parlamentswahlen zu ihren Zwecken zu verbreiten. Dazu werden mithilfe von Sympathisanten und Unterstützern insbesondere Infostände, Kundgebungen oder Hausbesuche durchgeführt sowie auch elektronische Medien in Anspruch genommen.

Aufgrund ihres Vorgehens gegen die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) erhält die PKK viel Zuspruch. Die PKK nutzt die derzeitige Lage propagandistisch, um eine Streichung von der EU-Terrorliste und die Aufhebung des Betätigungsverbot in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Darüber hinaus versucht sie, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik einzuwirken. Die aktuell auch von Deutschland erteilte humanitäre und militärische Hilfe für die Kurden stehe nach Auffassung der PKK im Widerspruch zu den Exekutivmaßnahmen, die aufgrund des PKK-Verbotes weiterhin durchgeführt werden.

Im Rahmen der Kampagne „PKK-Verbot aufheben“ fanden Ende 2014 deutschlandweit Demonstrationen statt. Die Ciwanên Azad Hannover beteiligten sich z. B. an einer Demonstration am 29.11.2014 in Hamburg.

Im Übrigen verweise ich auf die Vorbemerkungen und die Antwort zu Frage 1.

3. Wie haben sich die Organisationsstrukturen, Anhängerzahlen, Finanzmittel und Rekrutierungszahlen der PKK in Niedersachsen in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Die hierarchische Organisation und Struktur der PKK in Niedersachsen sowie das damit verbundene Personenpotenzial hat sich in den letzten fünf Jahren nicht wesentlich verändert. Auf einzelnen Führungsebenen ist zwar eine regelmäßige Personalrotation festzustellen, die aber keinen wesentlichen Einfluss auf die Organisation hat.

Die Beschaffung von Finanzmitteln ist nach wie vor eine der Hauptaktivitäten der PKK in Deutschland. Der Propagandaapparat, wie z. B. die Fernsehsender oder die Publikationen, muss ebenso finanziert werden wie die politischen Kampagnen, die Unterorganisationen und die Guerilla-Armee. Hierzu dient vor allem die jährlich stattfindende Spendenkampagne. Überdies werden Einkünfte auch durch Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Zeitschriften und den Erlös aus dem Verkauf von Eintrittskarten zu Großveranstaltungen erzielt. Im Jahr 2014 sowie in den letzten Jahren davor lag der Ertrag allein in Deutschland erneut bei mehreren Millionen Euro. Die Spendenbereitschaft der mit der PKK sympathisierenden kurdischen Bevölkerung ist seit dem Jahr 2014 aufgrund der aktuellen Situation in Syrien und im Nordirak noch einmal deutlich gewachsen.

Die bereits dargestellten aktuellen Rekrutierungsaufrufe bestätigen, dass die PKK insbesondere für die bewaffneten Auseinandersetzungen mit dem IS in Syrien und Irak Kämpfer benötigt. Künftig ist daher mit einem Anstieg der Rekrutierungsfälle in Europa zu rechnen.

Aus Niedersachsen ist bislang eine Personenanzahl im mittleren einstelligen Bereich in das Kampfgebiet ausgereist. Konkrete Erkenntnisse über die Verwendung vor Ort wie z. B. eine Beteiligung an Kriegshandlungen liegen in der Regel nicht vor. Es wird aber davon ausgegangen, dass die Personen sowohl im Irak als auch in Syrien eingesetzt werden. In einigen wenigen Fällen liegen Erkenntnisse über die Rückkehr von Personen vor. Erkenntnisse, ob diese Personen tatsächlich an Kampfhandlungen für die PKK oder ihrer Nebenorganisation teilgenommen haben, liegen nicht vor.

Im Übrigen verweise ich auf die Vorbemerkungen und die Antwort zu Frage 1.

4. Mit welchen Maßnahmen reagiert die Landesregierung auf die aktuellen Aktivitäten der PKK in Niedersachsen?

Die PKK ist bereits seit den 1980er-Jahren ein Beobachtungsobjekt des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Je nach Entwicklung in der Türkei/syrisches Grenzgebiet können gesteigerte Aktivitäten von PKK-Anhängern auch in Deutschland nicht ausgeschlossen werden. Die zuständigen polizeilichen Staatsschutzdienststellen in Niedersachsen treffen Maßnahmen der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung, um das relevante Personenpotenzial zeitnah zu erkennen. Derzeit werden in Niedersachsen drei Ermittlungsverfahren gegen Führungsverantwortliche der PKK wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung gemäß §§ 129 a und b StGB geführt. Diese Strafverfahren führen auch zur Erkenntnisgewinnung und dienen insoweit auch der Lagebewertung. Darüber hinaus wurden auch Ermittlungsverfahren wegen des Anwerbens für einen fremden Wehrdienst sowie wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz (Zeigen von verbotenen PKK-Symbolen, Verkauf von Propagandamaterial etc.) geführt.

Ein zentraler Erkenntnisaustausch zu den Aktivitäten der PKK in Niedersachsen und dem Bundesgebiet findet im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum zur Bekämpfung des Ausländerextremismus/-terrorismus statt. Dort wird die aktuelle bundesweite Lage im 14-tägigen Rhythmus dargestellt und analysiert.

Sollte sich aus den aktuellen Entwicklungen eine Lageveränderung in Niedersachsen ergeben, werden sich die niedersächsischen Sicherheitsbehörden (Polizei und Verfassungsschutz) entsprechend darauf einstellen.

5. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass einerseits Waffen an die Kurden im Nordirak zur Bekämpfung des IS geliefert werden, die PKK aber weiterhin als terroristische Vereinigung eingestuft wird?

Die Aufhebung des vom Bundesminister des Inneren im Jahr 1993 erlassenen Betätigungsverbotes gegen die PKK sowie die Streichung von der EU-Terrorliste wäre zunächst auf Bundes- bzw. Europaebene zu prüfen. In diesem Zusammenhang ist auf die Beantwortung der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage (BT-Drs. 18/3267 vom 20.11.2014) hinzuweisen, in der die gegenwärtigen Erkenntnisse zur Fortführung des Betätigungsverbotes gegenüber der PKK aufgeführt werden.

Hinsichtlich der Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak zur Bekämpfung des IS wird auf die Beantwortung der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke vom 13.02.2015 (BT-Drs. 18/4028) verwiesen.